

Hintergrundinformationen:

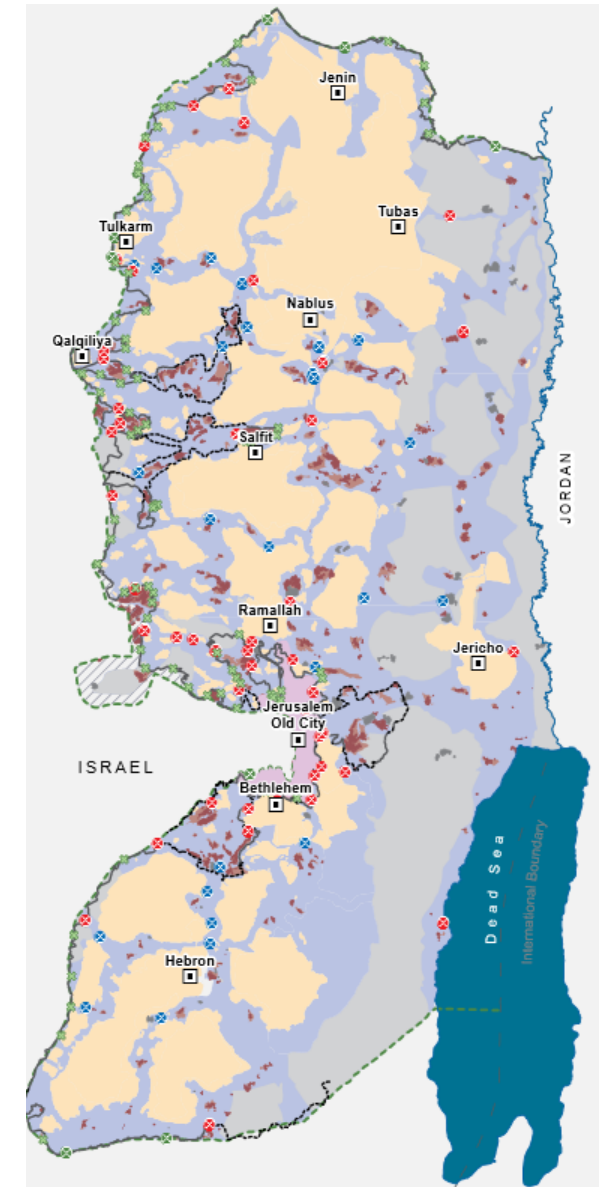
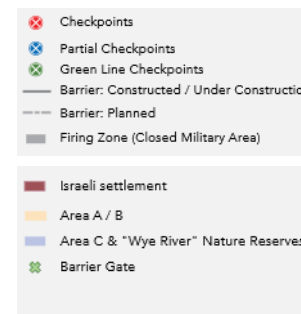
die israelische Besatzungspolitik in der Westbank

Die folgenden Informationen sollen das Lesen der EAPPI-Berichte unterstützen. Dieser Text stellt keinen Gesamtüberblick zur Situation in Israel und Palästina dar; er beschreibt lediglich einzelne in den Berichten erwähnte Gesichtspunkte der israelischen Besatzungspolitik in der Westbank und soll das Verständnis der nachfolgenden Beiträge erleichtern.

Das „A-B-C“ der Besatzung

Im Sechs-Tage-Krieg von 1967 besetzte die israelische Armee die Westbank einschließlich Ost-Jerusalem, den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen. Der UN-Sicherheitsrat forderte daraufhin noch im selben Jahr die Rückgabe der besetzten Gebiete (UN-Resolution 242). Während Israel sich nach Abschluss des Friedensvertrages mit Ägypten 1982 aus dem Sinai zurückzog, wurden Ost-Jerusalem (1980) und die Golanhöhen (1981) zum israelischen Staatsgebiet annektiert. Die israelische Armee zog sich 2005 aus dem Gazastreifen zurück, kontrolliert diesen aber - mit Ausnahme eines Grenzübergangs nach Ägypten (Rafah) - weiterhin zu Land, in der Luft und auf dem Meer. Mit den Oslo-Verträgen, die 1993 bis 1995 (Prinzipienerklärung/Oslo 1: 1993, Gaza-Jericho-Abkommen: 1994, Oslo 2: 1995) im Rahmen von Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern geschlossen wurden, wurde die Palästinensische Autonomiebehörde, die „Regierung“ der palästinensischen Gebiete, geschaffen. Die **Westbank**, in der EAPPI überwiegend tätig ist, wurde in drei Zonen¹ geteilt:

Zone A (etwa 18%) – umfasst überwiegend die Gebiete der großen palästinensischen Städte; die Palästinensische Autonomiebehörde hat die Verantwortung für Sicherheit und zivile Angelegenheiten; das israelische Militär führt aber auch hier immer wieder Operationen durch



Karte aus: UNOCHA Humanitarian Overview 2014

¹ UNOCHA – Humanitarian Fact Sheet on Area C of the West Bank, Juli 2011

Zone B (etwa 20%) – umfasst überwiegend die Gebiete der palästinensischen Dörfer und Kleinstädte; die Palästinensische Autonomiebehörde hat die Verantwortung für zivile Angelegenheiten, für Sicherheitsfragen sind israelische und palästinensische Behörden gemeinsam zuständig

Zone C (etwa 62%) – umfasst überwiegend das Gebiet, in denen sich die israelischen Siedlungen, Armeestützpunkte und Naturreservate befinden, sowie sämtliche Verbindungsstraßen in der Westbank. Zone C schließt auch fast das gesamte Jordantal sowie den Teil der Westbank ein, der am Toten Meer liegt. Israelische Regierung und Armee haben hier die volle Kontrolle über Sicherheitsaspekte und zivile Angelegenheiten. In Zone C leben etwa 300.000 Palästinenser, darunter viele Beduinen. In 70% der Zone C ist es den Palästinensern untersagt, Bautätigkeiten auszuführen, in 29% müssen sie Baugenehmigungen bei den israelischen Behörden beantragen, die sehr selten erteilt werden (durchschnittliche Ablehnungsrate 98,5%). 1% der Zone C ist für den Ausbau palästinensischer Infrastruktur veranschlagt, jedoch zum Großteil schon bebaut. Weil Genehmigungen kaum zu bekommen sind, bauen viele Palästinenser in Zone C ihre Häuser illegal. Daher zerstört die israelische Armee hier jedes Jahr hunderte Gebäude, Tendenz steigend (allein im August 2015 143 Zerstörungen). Über 11.000 Gebäude sind derzeit in Zone C vom Abriss bedroht².

Israelische Siedlungen

Einer der größten Problemfaktoren im israelisch-palästinensischen Konflikt sind die israelischen Siedlungen. In der Westbank und Ostjerusalem leben etwa 2,5 Millionen Palästinenser und etwa 550.000 Siedler in 149 Siedlungen und 100 Außenposten³. Nach internationalem Recht (Artikel 49 der 4.Genfer Konvention) sind alle diese Siedlungen illegal, da die Besatzungsmacht ihre eigene Zivilbevölkerung nicht in besetzten Gebieten ansiedeln darf. Die israelische Regierung erkennt die Siedlungen an, jedoch nicht die Außenposten. Dennoch

werden auch diese von israelischen Firmen mit Strom, Wasser und anderen öffentlichen Dienstleistungen versorgt. 2007 kam Peace Now nach der Auswertung offizieller israelischer Daten zu dem Ergebnis, dass 131 Siedlungen teilweise oder komplett auf palästinensischem Privatland gebaut wurden; dies entspricht etwa 1/3 der gesamten von Siedlungen genutzten Fläche in der Westbank⁴.



Israelische Siedlung Har Homa nahe Bethlehem (Zeit online)

Im Jahr 2014 verzeichnete die israelische Friedensorganisation Peace Now einen fast 40%igen Anstieg der israelischen Bauaktivitäten in der Westbank gegenüber dem Vorjahr. Mindestens 3100 neue Wohneinheiten befanden sich 2014 im Bau⁵. Die überwiegende Mehrheit der Siedler lebt aufgrund

² UNOCHA – Under Threat – Demolition Orders in Area C of the West Bank, September 2015

³ UNOCHA – East Jerusalem Fact Sheet und Area C Fact Sheet

⁴ Peace Now – Guilty – Construction of Settlements on private Palestinian Land, März 2007

⁵ Peace Now – Construction Report 2014, Februar 2015

ökonomischer Vorteile in der Westbank und Ostjerusalem, nur etwa ein Viertel beruft sich auf religiöse oder nationalistische Motive⁶.

Siedlergewalt

Ein weiterer Aspekt der Siedlungsproblematik ist der Anstieg von gewalttätigen Übergriffen israelischer Siedler auf Palästinenser. Im Vergleich zum Jahr 2010 stieg die Anzahl der Übergriffe 2011 um 40%, im Vergleich zu 2009 sogar um 165%⁷. Dieser Anstieg wird auf die so genannte „Price Tag“ (Preisschild) Politik der Siedler zurückgeführt. Wird die israelische Regierung z.B. durch die Zerstörung von illegalen Siedlungsaußenposten oder durch politische Aussagen gegen die Siedlungsbewegung aktiv, müssen Palästinenser, aber auch ausländische Kirchen, linke Israelis, und in einigen Fällen sogar die israelische Armee den „Preis“ dafür in Form von gewalttätigen Übergriffen zahlen.



Anschlag radikaler Siedler auf die Brotvermehrungskirche am See Genesareth (faz)

⁶ Peace Now – Quality of Life Settlers, Januar 2007

⁷ UNOCHA – Israeli Settler Violence in the West Bank, November 2011

Diese reichen von verbalen Bedrohungen, dem Stehlen oder Zerstören von Privateigentum, der Behinderung des Zugangs zu Privatgrundstücken, Angriffe auf Vieh und Farmland, über Körperverletzungen bis hin zu Brandanschlägen auf Moscheen und Tötungen. Einen traurigen Höhepunkt erreichten diese Übergriffe im August 2015, als radikale Siedler das Haus der Familie Dawabsheh in Duma in Brand steckten und so den Tod der Eltern und eines der beiden kleinen Kinder verursachten.

In über 90% der Fälle, in denen Palästinenser Anzeige gegen Siedler erstatten, kommt es nicht zur Anklage⁸.

Zwei Rechtssysteme

In der Westbank existieren zwei verschiedene Rechtssysteme: Israelische Siedler unterliegen dem israelischen Zivilrecht, die Palästinenser gegenüber israelischen Interessen dem israelischen Militärrecht. Palästinenser werden bei einem Vergehen, das sich gegen Israel oder israelische Staatsbürger richtet, vor ein Militärgericht gestellt. Die Verurteilungsrate liegt bei fast 100%. Das Gericht muss die Anklage nicht offenlegen, sondern kann sich auf „Sicherheitsbedenken“ berufen. Somit können Palästinenser z.B. über mehrere Jahre ohne Verurteilung in „Administrativhaft“ festgehalten werden.⁹

Palästinensische Kinder können ab einem Alter von 12 Jahren verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Ihre Verhöre finden in den allermeisten Fällen ohne Anwalt oder Eltern statt. Im Frühjahr 2013 kam UNICEF im Bericht „Kinder in israelischer Militärhaft“ zu folgendem Ergebnis: „Die unwürdige Behandlung von Kindern, die in Kontakt mit dem Militärhaftsystem kommen, erscheint weit verbreitet, systematisch und institutionalisiert, von dem Moment der Festnahme bis zur Anklage des Kindes und schließlich dem Schuldspruch und der Festsetzung des Strafmaßes.“¹⁰

⁸ Yesh Din: The failure to enforce the law on Israeli civilians of the West Bank, Mai 2015

⁹ Addameer - General Briefing: Palestinian Political Prisoners in Israeli Prisons

¹⁰ UNICEF – Children in Israeli Military Detention, März 2013



Verhaftung eines Jungen in Hebron (EAPPI)

Die Trennbarriere

Im Jahr 2002 begann Israel mit dem Bau der Trennbarriere (Separation Barrier). Die damalige israelische Regierung begründete diesen Schritt mit dem rapiden Anstieg der in Israel von Palästinensern verübten Selbstmordattentate nach Ausbruch der Zweiten Intifada¹¹. Diese und jede andere Form von Gewalt gegenüber israelischen Zivilisten im Kernland Israels, aber auch in den besetzten palästinensischen Gebieten verstößt ebenso gegen Völker- und Menschenrechte wie israelische Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung. Daher ist es Israel, wie jedem anderen Land, nach internationalem Recht gestattet, als Mittel der Selbstverteidigung und zum Schutz der eigenen Bevölkerung eine solche Trennanlage zu bauen. Dies muss jedoch auf den international anerkannten Grenzen, in diesem Fall der Grünen Linie (der Waffenstillstandslinie von 1949) geschehen. Da die Trennanlage

jedoch zu 85%¹² in der Westbank verläuft, urteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag 2004, der Verlauf sei nicht mit internationalem Recht vereinbar, und die Route der Trennbarriere müsste dort verändert werden, wo sie sich nicht auf der Grünen Linie befindet.

Laut UNOCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) wurden bis dato erst etwa 2/3 der geplanten Barriere errichtet, dennoch hat es seit April 2006 kein von Palästinensern aus der Westbank verübtes Bombenattentat in Israel gegeben¹³.

Die Trennbarriere besteht in oder nahe bei Städten aus einer bis zu 8 Meter hohen Mauer, und auf dem Land aus einer Sperranlage aus elektronisch gesicherten Zäunen, Gräben und Straßen für Militärfahrzeuge mit einer Breite von durchschnittlich 50 Metern.



Die Mauer in Bethlehem (EAPPI)

¹² UNOCHA – The Humanitarian Impact of the Barrier, Juli 2013

¹³ Israel Ministry of Foreign Affairs: Suicide and other bombing attacks in Israel since the Declaration of Principles (1993)

¹¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Intifada>

Durch die Grenzziehung auf palästinensischem Gebiet entstanden zwei wesentliche Probleme: Etwa 11.000 Palästinenser leben nun zwischen Grüner Linie und Trennbarriere in der so genannten „Seam Zone“¹⁴. Um weiterhin in ihren Dörfern und Häusern leben zu können benötigen diese Palästinenser eine Genehmigung der israelischen Militärverwaltung. Ein Überqueren der Grünen Linie Richtung Israel wäre strafbar, daher müssen die Bewohner der Seam Zone für jegliche Art von Dienstleistungen (Schule, Krankenhäuser, Märkte etc.) in die Westbank reisen. Um ihre Enklaven in Richtung Westbank zu verlassen, müssen sie einen Checkpoint durchqueren, der meist nur selten und vor allem nicht nachts geöffnet ist. Sie können nur mit Genehmigung Besuch aus der Westbank empfangen.

Von der Besatzungspolitik betroffen sind auch die Bauern, die auf der palästinensischen Seite der Trennbarriere leben, deren Land sich durch die einseitige (und damit gegen internationales Recht verstoßende) de-facto Grenzverschiebung aber nun auf der anderen Seite der Barriere befindet. Auch sie brauchen eine Genehmigung, um auf ihr Land gehen zu können. Die wenigen Bauern, die eine solche Genehmigung noch erhalten, müssen jeden Tag die sogenannten landwirtschaftlichen Übergänge (Checkpoints) passieren, die maximal dreimal am Tag für jeweils 10-60 Minuten geöffnet sind, je nach Ort, Anzahl der Bauern und Tageszeit. Von den 85 existierenden Übergängen ist die große Mehrheit nur für die Zeit der Olivenernte geöffnet, was zu einem Rückgang des Ertrags um fast die Hälfte führte¹⁵.

Daneben gibt es Checkpoints nach Israel, die von Palästinensern mit Arbeitsgenehmigung oder Passierscheinen für Schulbesuch oder ärztliche Behandlungen genutzt werden. Genehmigungen sind sehr schwer zu bekommen und können ohne Angabe von Gründen wieder entzogen werden. Das Passieren der Checkpoints ist vor allem für die vielen tausend palästinensischen Arbeiter eine tägliche, oftmals mehrere Stunden dauernde und erniedrigende Prozedur.



Tarqumiyah Checkpoint nahe Hebron (EAPPI)

Hebron

Hebron, mit dem Grab des Patriarchen Abraham, ist die einzige palästinensische Stadt, in deren Zentrum es israelische Siedlungen gibt. Sie kann als Mikrokosmos der Besatzung bezeichnet werden. Die Stadt ist in zwei Bereiche geteilt. Hebron 1 (H1) gehört zur Zone A der Westbank und unterliegt damit der vollständigen Verwaltung durch die Palästinensische Autonomiebehörde. Die Innenstadt sowie der Osten mit Verbindung zur Siedlung Kiryat Arba wird als Hebron 2 (H2) bezeichnet und gehört im Schema der Einteilung der Westbank zu Zone C. Hebron 2 steht damit unter vollständiger israelischer Kontrolle. Hier sind etwa 2000 Soldaten für den Schutz von 500 überwiegend radikalen Siedlern zuständig. In und um Hebron gibt es 120 Straßensperren, davon 18 durchgängig besetzte Checkpoints¹⁶. Teile von

¹⁴ UNOCHA – The Humanitarian Impact of the Barrier, Juli 2013

¹⁵ UNOCHA – Humanitarian Overview 2014, März 2015

¹⁶ UNOCHA – Humanitarian Overview 2014, März 2015

H2 wurden für den palästinensischen Verkehr gesperrt, manche Straßen dürfen Palästinenser auch nicht zu Fuß benutzen.



EAs begleiten Schulkinder im abgeriegelten Stadtteil Tel Rumeida (EAPPI)

In Folge der Abriegelung der Innenstadt, wochenlanger Ausgangssperren, Verhaftungen und Einschüchterungen verließen Tausende Palästinenser ihre Häuser und zogen in andere Stadtteile¹⁷. Über 1000 Geschäfte wurden geschlossen, etwa die Hälfte auf Anordnung des Militärs, die übrigen, weil es keine Kunden mehr gab. Heute gleichen Teile des Zentrums von Hebron einer Geisterstadt. Immer wieder kommt es in Hebron zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Siedlern, Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften.

¹⁷ B'Tselem – Hebron City Center

Jerusalem

Eine besondere Situation herrscht auch in Jerusalem. 1967 wurde der Ostteil der Stadt von Israel besetzt. 1980 erklärte die Knesset, das israelische Parlament, Jerusalem zur „ewigen Hauptstadt Israels“. Die Annexion wurde und wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt. Durch den Bau der Trennbarriere, hier zum Großteil in Form einer bis zu 8 Meter hohen Mauer, wurde nicht der israelische Westteil vom palästinensischen Ostteil der Stadt entlang der Grünen Linie getrennt, sondern Ostjerusalem in zwei Teile geteilt. Gleichzeitig werden israelische Siedlungen zusätzlich ins Stadtgebiet integriert, das einzige Jerusalemer Flüchtlingslager Shuafat Camp liegt nun auf der „Westbank-Seite“ der Mauer.



Hauszerstörung in Ost-Jerusalem (EAPPI)

Jährlich lassen israelische Behörden durchschnittlich 100 palästinensische Häuser zerstören, die ohne Genehmigung gebaut wurden. Weitere 1500 Gebäude haben eine Abrissverfügung. Nur 13% Ostjerusalems stehen für die palästinensischen Wohngebiete zur Verfügung, ein Großteil davon ist jedoch schon bebaut. Damit ist es für Palästinenser fast unmöglich, Baugenehmigung von den israelischen Behörden zu bekommen¹⁸.

Zunehmend versuchen Siedlerbewegungen und –organisationen, sich palästinensische Gebäude und Grundstücke anzueignen. Die palästinensischen Bewohner werden per Gerichtsbeschluss zur Räumung ihrer Wohnungen und Häuser gezwungen, während Gruppen junger Siedler die Gebäude sofort besetzen¹⁹. Dieses Vorgehen ist vor allem in und um die Altstadt Jerusalems immer wieder erfolgreich.



Direkt nach der Zwangsräumung zogen Siedler in das Haus der Familie al-Ghawi im Ost-Jerusalmer Stadtteil Sheikh Jarrah (Alfred Muller)

¹⁸ UNOCHA – East Jerusalem, Dezember 2011

¹⁹ UNOCHA – The Case of Sheikh Jarrah, Oktober 2010

Die meisten palästinensischen Bewohner Ostjerusalems besitzen keinen israelischen Pass, sondern einen Jerusalemer Personalausweis. Dieser beinhaltet eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und berechtigt zu einem Laissez-Passer-Dokument anstelle eines Reisepasses. Die Aufenthaltsgenehmigung kann im Falle längerer Abwesenheit, zum Beispiel aufgrund eines Studiums oder Arbeitsaufenthalts im Ausland, unwiederbringlich entzogen werden. Derzeit droht etwa 60.000 palästinensischen Inhaber dieser „Jerusalem ID“ der Verlust ihrer Ausweise, da die Stadtteile, in denen sie leben, durch den Bau der Trennbarriere (wie oben beschrieben) nun nicht mehr zum Stadtgebiet Jerusalems gehören.

Das Jordantal

Das Jordantal einschließlich des an den nördlichen Teil des Toten Meers angrenzenden Gebiets macht etwa 30% der gesamten Westbank aus. 87% dieser Region wurde in den Oslo-Verträgen als Zone C deklariert (s.Seite 1).



Israelische Panzer beim Training auf palästinensischen Feldern (EAPPI)

Hier befinden sich militärische Installationen und Übungsgelände sowie 37 illegale israelische Siedlungen mit großen landwirtschaftlichen Anbauflächen. Weitere 7% gelten theoretisch als Zone B, wurden jedoch im Wye River Abkommen 1998 zu Nationalparks erklärt. Somit ist für Palästinenser auch hier keine Infrastrukturentwicklung möglich²⁰.

Im Jordantal leben etwa 60.000 Palästinenser, 3.400 von ihnen in Gemeinden, die von den israelischen Behörden zu militärischem Sperrgebiet erklärt wurden. Hier kommt es zu regelmäßigen Zwangsräumungen von Familien und ganzen Dorfgemeinschaften für die Dauer von militärischen Trainings.

Wie in der übrigen Zone C liegt auch im Jordantal die Ablehnungsrate für palästinensische Bauanträge aller Art, sei es für Häuser, Wasserinfrastruktur, Straßen o.Ä. bei fast 100%. Gebaut wird dennoch, denn die Menschen müssen für sich selbst und für ihre Nutztiere sorgen. Folglich ist die Zahl der Zerstörungen in diesem Gebiet sehr hoch.



Gewächshäuser und Plantagen der illegalen Siedlung Argaman (EAPPI)

²⁰ UNOCHA – The Jordan Valley and Dead Sea Area, Februar 2012

Das Jordantal ist eines der fruchtbarsten Gebiete der Westbank. Durch die Ungleichverteilung von Land und Wasser können die Palästinenser jedoch nur vergleichsweise geringen Nutzen aus dieser natürlichen Ressource ziehen. Der Großteil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wird heute von israelischen Siedlungen verwaltet und bearbeitet. Die Arbeiter*innen sind fast ausschließlich Palästinenser*innen aus den umliegenden Orten, die selbst keinen Zugang zu bebaubarem Land mehr haben.

Auch die Wasserverteilung ist zu Gunsten der Siedlungen geregelt²¹. Während kleine palästinensische Ortschaften im Jordantal nur etwa 20 Liter Trinkwasser per capita und Tag zur Verfügung haben, liegt der Verbrauch in den Siedlungen teilweise täglich bei über 400 Litern per capita. Die israelische Firma Mekorot hat im Jordantal zahlreiche Pumpstationen errichtet, über die Wasser an die Siedlungen verteilt wird. Da es oft zu einer übermäßigen Wasserentnahme kommt ist der Grundwasserspiegel im Jordantal sehr stark abgesunken, so dass palästinensische Brunnen in vielen Fällen kein Wasser mehr führen.



Wassertankwagen auf kargem palästinenschem Land im Jordantal (EAPPI)

²¹ B'Tselem – Discriminatory Water Supply, März 2014

Vor allem die verstreut lebenden Beduinenfamilien müssen sich von Tankwagen mit Wasser versorgen lassen. Dies ist vor besonders im Sommer, wenn es im Jordantal über 50 Grad heiß werden kann, eine sehr kostspielige Angelegenheit. Zudem führt der niedrige Grundwasserspiegel zu einer zunehmenden Versalzung des Bodens, wodurch der Anbau der meisten Obst- und Gemüsesorten unmöglich wird. Laut Beurteilung der Weltbank könnte die palästinensische Wirtschaftskraft stark wachsen, wenn den Menschen in der Region der Zugang zu Wasser und Land ohne Einschränkungen gewährt würde.

Christen im Heiligen Land

Die christlichen Gemeinden, eine Minderheit in der Region, sehen sich weiterhin als wichtiges Glied in einem Prozess hin zu Frieden und Gerechtigkeit für Palästinenser und Israelis. Dabei sinkt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stetig²².



EAs mit Bischof Yanoun, Oberhaupt der Evangelisch-lutherischen Kirche (EAPPI)

Mittlerweile machen die Christen nur noch etwa 1,7% der Gesamtbevölkerung in Israel und Palästina (1,37% in Palästina und 1,97% in Israel) aus. Die Kirchen

²² Jerusalem Interchurch Centre – Palestinian Christians, Mai 2009

befürchten, dass es bald keine Christen mehr im Heiligen Land geben wird, sollte sich die politische Situation nicht ändern. Obwohl Bethlehem die Geburtsstätte Jesu ist, sind sich weltweit nur wenige Menschen der Existenz einer palästinensisch-christlichen Gemeinschaft bewusst. Die Nachfahren der Urkirche befürchten, dass Touristen lediglich die heiligen Stätten wahrnehmen, nicht jedoch die dazu gehörigen lebendigen Gemeinden. Diese wiederum versuchen, mit Wohnprojekten, günstigen Krediten und anderen ökonomischen Anreizen ihre jungen Mitglieder im Land zu halten.



Ökumenisches Gebet als Protest gegen den Mauerbau nahe Bethlehem (EAPPI)

Im Dezember 2009 veröffentlichten VertreterInnen der lokalen christlichen Gemeinden das Kairos Palästina Dokument²³: „Die Stunde der Wahrheit – Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der

²³ www.kairospalestine.ps

Palästinenser und Palästinenserinnen“. In diesem Dokument beziehen die Verfasser klar die Position, dass gewaltloser Widerstand gegen die Unterdrückung und Missachtung der Menschenrechte Recht und Pflicht aller Palästinenser einschließlich der Christen ist, wobei das Grundprinzip ihres Widerstandes die Liebe ist.

Lokale Menschenrechtsgruppen

Es gibt viele, teilweise kleine aber doch sehr aktive israelische und palästinensische Organisationen und Gruppen, die sich mit den verschiedensten Aspekten der Besatzung und der daraus resultierenden Probleme für die Palästinenser und auch für den Staat Israel und seine Bevölkerung auseinandersetzen.



EAs unterstützen die wöchentlichen Demonstrationen der Women in Black in Jerusalem (EAPPI)

Yesh Din, ICAHD, Hamoked, MACHSOM Watch, B'tselem, Al Haq, Defense for Children International, Breaking the Silence, Badil, Parents' Circle, New Profile, Other Voice, Youth Against Settlements, Rabbis for Human Rights, Taayush, Neve Shalom – Wahat al-Salam, Peace Now und Zochrot sind vielleicht die prominentesten Vertreter einer langen Liste von Organisationen und Partnern von EAPPI.

Zudem kooperiert EAPPI sehr eng mit verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen, vor allem in den Bereichen "Schützende Präsenz" und "Zugang zu Bildung".



EA besucht mit einem UN-Vertreter eine Familie nach der Hauszerstörung (EAPPI)

© EAPPI Netzwerk Deutschland, Januar 2016